

Kultur Wahl-O-Mat 2023

Die Antworten der Parteien

→ 1. Neues Konzerthaus am Münchner Ostbahnhof im Werksviertel: Soll am Münchner Ostbahnhof im Werksviertel ein neues Konzerthaus gebaut werden?

AFD: Nein. Intransparenz beim Pachtvertrag gekoppelt mit einer Kostenexplosion bei den zu erwartenden Baukosten lassen es nicht zu an diesem aus der Zeit gefallenem Prestigeprojekt festzuhalten. Es würde völlig ausreichen, den Gasteig zu renovieren.

Bayernpartei: Ja. Der Zustand der existierenden Einrichtungen, wie auch der Bedarf sprechen dafür.

CSU: Ja. Wir unterstützen, dass die Planungen für das Konzerthaus München weiter laufen. Die aktuelle Planungsphase und die darauf aufbauende Kostenberechnung sollen im Laufe des Jahres 2023 abgeschlossen sein. Eine verbindliche Entscheidung über weitere Schritte kann dann erst auf dieser Basis getroffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass - anders als zum Zeitpunkt der Grundsatzentscheidung - die Welt heute eine völlig andere ist.

FDP: Ja. Die Entscheidung für das neue Konzerthaus ist bereits politisch gefällt worden, eine Erklärung für Söders selbstaufgelegte Denkpause steht jedoch nach wie vor aus. Dabei laufen die Kosten, die für die Steuerzahler erheblich sind, weiter. Die Taktiererei der Staatsregierung hat bereits zu einem deutlichen Imageverlust beigetragen und der gesellschaftlichen Akzeptanz für das Vorhaben geschadet. Das Konzerthaus soll dem renommierten Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks Wirkungsstätte sein und einen Fokus auf Digitalität legen. Es soll für experimentelle und hybride Kunstformate gerüstet sein sowie eine Bildungs- und Kreativplattform für die Kulturelle Bildung bieten. Ein Haus mit dem Auftrag zur künstlerischen Innovation, Teilhabe und der Chance auf internationale Ausstrahlung.

Freie Wähler: Ja. Im Hinblick auf die haushälterische Gesamtlage und die exorbitanten Kosten dieses Leuchtturmprojektes darf eine Realisierung aber auf keinen Fall zu Lasten anderer dringend notwendiger Sanierungsarbeiten an kulturellen Veranstaltungsorten gehen. Der Bau von Konzertsälen, gleich ob in München oder anderswo, muss nach unserer Überzeugung in jedem Fall in ein gesamt-bayerisches Kulturkonzept eingebettet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass im Sinne gleichwertiger Lebensbedingungen im gesamten Freistaat eine ausgewogene Kulturförderung in den bayerischen Metropolen und allen Regionen erreicht wird. Zudem sollte bei solch einer weitreichenden kulturpolitischen Entscheidung nicht nur der politische Wille ausschlaggebend sein, sondern unter anderem auch Anforderungen an ein Betreiberkonzept, technische und finanzielle Aspekte der Realisierbarkeit sowie die Zielvorstellungen und die mögliche finanzielle Beteiligung der Stadt München im Vorfeld geklärt werden.

Die Grünen: Ja. In der Landeshauptstadt gibt es derzeit einen massiven Mangel an Räumen für Musik, dabei ist München das kulturelle Aushängeschild des Freistaats Bayern. Wir Grünen werben deshalb für ein Konzerthaus für alle Menschen in ganz Bayern. Der Standort des Konzerthauses, fußläufig zum Münchner Ostbahnhof trägt dieser Forderung Rechnung. Auch Angebote für Kinder und Jugendliche, für die frühmusikalische Bildung und für Musikvermittlung müssen im Konzerthaus einen Platz finden, Kooperationen mit kreativen Institutionen in Bayern ermöglicht werden und die umliegenden Flächen und Quartiere planerisch mitgedacht werden. Aus unserer Sicht muss der Bau höchsten energetischen und ökologischen Standards genügen. Unerlässlich ist außerdem, dass es zeitnah zu einer endgültigen Entscheidung der Staatsregierung kommt und die weiteren Planungen zum Konzerthaus der Öffentlichkeit und dem Parlament transparent dargestellt werden.

ÖDP: Nein. Stattdessen sollte sich der Freistaat Bayern bei der Gasteigsanierung beteiligen. Mit der sanierten und akustisch optimierten Philharmonie und der Isarphilharmonie stehen damit dann zwei erstklassige Konzerthäuser zur Verfügung, die sowohl dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks als auch den Münchner Philharmonikern dienen können.

Partei der Humanisten: Neutral. Hierzu haben wir keine konkrete Position. Grundsätzlich befürworten wir die Schaffung neuer Kultureinrichtungen.

SPD: Neutral. Beim geplanten Konzerthaus hat die Staatsregierung eine Denkpause erklärt, ohne dass klar ist, warum, wofür und wie lange. Zugleich wurde deutlich, dass das Projekt sich deutlich verteuern wird, weil eine erneuerte Akustikplanung gravierende Verteuerungen mit sich bringt. Deswegen müssen vor einer Entscheidung alle relevanten Fakten und Zahlen auf den Tisch und mit möglichen Alternativen abgewogen werden. Zugleich ist mit der Isarphilharmonie ein neuer Konzertsaal gebaut worden und die Pläne für einen Konzertsaal mit 2.400 Plätzen im Gasteig sind umsetzungsreif. Gerade, weil die Realisierung dort derzeit an der Finanzierung scheitert, wäre eine Zusammenarbeit zwischen Freistaat und der Stadt München naheliegend. Zugleich braucht der Herkulesaal ebenfalls eine Sanierung. Im Jahr 2024 werden die fortgeschriebenen Pläne und Kosten vorliegen und sind Grundlage für eine verantwortbare Entscheidung, die alle genannten Aspekte einbezieht.

Tierschutzpartei: Ja. Weil es bereits einen (vermutlich zweckgebunden) Erbpachtvertrag des Eigentümers mit der Landeshauptstadt München gibt.

→ 2. Freier Eintritt für junge EU-Bürger*innen in staatliche Museen: Soll jungen Menschen (0-27 Jahre), die Bürger*innen der Europäischen Union sind, freier Eintritt in die staatlichen Museen Bayerns gewährt werden?

AFD: Ja. Es gibt allerdings keinen Grund, eine derartige Maßnahme auf EU-Bürger zu beschränken. Warum sollte in einem derartigen Fall nicht etwa auch ein Schweizer oder Brite kostenlos ein staatliches Museum besuchen dürfen.

Bayernpartei: Neutral. Grundsätzlich ja, nur würden wir die Altersgrenze bei 21 Jahren einführen.

CSU: Nein. Wir möchten allen Menschen, unabhängig von der Einkommenssituation, den Zugang zu staatlichen Kultureinrichtungen gewährleisten. Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe. Museen erhalten dabei in besonderer Art und Weise unser kulturelles Erbe und werden bereits vom Freistaat erheblich gefördert. Grundlegend muss allerdings die Finanzierung der kulturellen Angebote gewahrt bleiben, weshalb ein struktureller Verzicht auf Eintrittsgelder nicht zielführend ist. Junge Menschen profitieren bereits von zahlreichen Ermäßigungen und an Sonntagen ist der Eintritt bereits auf einen symbolischen Euro rabattiert.

FDP: Ja. Die FDP Bayern setzt sich dafür ein, einer möglichst großen Öffentlichkeit Zugang zu Kultur, Kulturvermittlung und kultureller Bildung zu ermöglichen, indem Barrieren abgebaut und ein kostenfreier Eintritt in die Dauerausstellungen staatlicher Museen und Sammlungen in Bayern eingeführt werden. Dies soll insbesondere durch die Ausweitung der kostenfreien Tageseintritte erfolgen. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sollen generell kostenlosen Zugang erhalten. Vergünstigte Abendtarife oder Kombiangebote mit Wechselausstellungen und punktuell verlängerte Besuchszeiten sollen Museums- und Sammlungsbesuche insbesondere in den Abendstunden attraktiver machen. Ein finanzieller Ausgleich soll durch gezielte Werbe- und Zusatzangebote, etwa in Form neuer Gastronomieangebote, Merchandising und durch vermehrtes Einwerben von Spenden erreicht werden.

Freie Wähler: Nein. Generelle Eintrittsfreiheit nur für staatliche Museen kann die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen erhöhen und Museen in kommunaler oder privatrechtlicher Träger-

schaft verdrängen, da sie auf Eintrittseinnahmen nicht verzichten können. Sinnvoller als eine pauschale Eintrittsfreiheit sind weitere Differenzierungen und Erleichterungen für bestimmte Zielgruppen bei den Eintrittspreisen und eine stärkere Berücksichtigung von Museen als außerschulische Lernorte im Bildungssystem.

Die Grünen: Ja. Das Interesse an Kunst und Kultur wird oft im Jugendalter geweckt. Kunst und Kultur soll für alle Menschen in Bayern offen sein, unabhängig vom Geldbeutel. Laut Studien besuchen mehr Menschen Kultureinrichtungen, wenn die Angebote kostenfrei sind. Eintrittskosten sind dabei ein Faktor – aber nicht der einzige. Auch in Kommunikation und Vermittlungsprogramme muss investiert werden, um künftig junge Menschen noch mehr für die bayerischen Kulturinstitutionen zu begeistern

ÖDP: Ja. Der Kulturpass des Bundes wird in aller Regel für teure Einmal-Aktionen (Konzertkarten) verwendet. Für kleinere Beträge wie Eintritt in ein Museum eignet sich der Kulturpass weniger. Deshalb: Freier Eintritt baut Schwellenängste ab und ermöglicht den Zugang zu vielfältigen Erfahrungen.

Partei der Humanisten: Ja. Um eine Teilhabe aller am kulturellen Leben zu garantieren, sollte der Staat kostenfreien oder -reduzierten und barrierefreien Zugang zu Einrichtungen und Inhalten, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden, bieten. Als europaorientierte Partei befürworten wir es, wenn dies auf junge Europäer erweitert wird.

SPD: Ja. In vielen staatlichen Museen ist der Eintritt für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kostenlos. Der Vorschlag, den freien Eintritt auf junge Menschen bis 27 Jahre zu erweitern, greift die Praxis der Stadt Paris auf, wo junge EU-Bürger*innen kostenlos Museen besuchen können. Die Stärkung kultureller Teilhabe und Maßnahmen, Kultureinrichtungen für alle Gesellschaftsschichten zugänglich zu machen, gehören zu den zentralen Aufgaben staatlicher Kulturpolitik.

Tierschutzpartei: Nein. Wir sind für einen deutlich ermäßigten Eintritt für alle jungen Menschen sowie für alle Senior*innen, nicht nur aus EU-Ländern. Ein kostenloser Eintritt würde zu einer Entwertung des Museumsangebots führen.

→ 3. Förderung der freien Kulturszene: Soll die Förderung der freien Kulturszene durch den Freistaat Bayern verstärkt werden?

AFD: Nein. Kennzeichen der freien Kulturszene ist deren Freiheit und Unabhängigkeit. Die derzeit vorgesehenen Mittel sind auskömmlich und angemessen. Eine Verstärkung der staatlichen Förderung wäre mit einer Zunahme des politischen und ideologischen Einflusses auf die Kulturszene verbunden.

Bayernpartei: Neutral. Es kommt auf eine fachliche Prüfung an.

CSU: Ja. Mit dem Neustart-Paket für die Freie Szene hat der Freistaat nach der Pandemie einen bundesweit einzigartigen Impuls gesetzt. Das Paket wurde verstetigt und soll auch in Zukunft Kulturschaffende unterstützen

FDP: Ja. Die Freie Kulturszene liefert einen wesentlichen Beitrag nicht nur für den Kulturstandort Bayern, sondern auch im Hinblick auf künstlerische Innovationen. Die FDP Bayern versteht eine Überprüfung und Anpassung des bestehenden Förderinstrumentariums für die Freie Szene im Fall einer Regierungsbeteiligung als Auftrag. Staatliche Fördermöglichkeiten sind jedoch begrenzt und können nur einen Teil zur Schaffung eines auskömmlichen Verdienstes für Kreative ausmachen. Die FDP Bayern setzt daher zudem auf die Etablierung zusätzlicher Einnahmequellen durch die Schaffung einer bayernweiten Crowdfunding-Plattform für Projekte aus Kultur- und Kreativwirtschaft: ein digitales Instrument, durch das nicht nur weitere finanzielle Spielräume eröffnet werden können, sondern auch neue Wege des Audience Developments,

bei Marketing und Vertrieb. Die Crowdfunding-Plattform soll in Ergänzung zu bestehenden Förderprogrammen in die Förderlogik des Freistaats Bayern eingebunden werden.

Freie Wähler: Ja. Die Freie Kunst- und Kulturszene verfügt mit der Gründung der SK³ jetzt über eine Interessenvertretung, die mit den zuständigen Ministerien, Abgeordneten, Gremien des Bayerischen Städtetags sowie den Gebietskörperschaften in regelmäßigem Austausch steht und gemeinsam eine Kulturagenda erarbeiten wird. Insbesondere die Ziele einer Weiterentwicklung öffentlicher Förderprogramme, die Einführung verbindlicher Mindesthonorare bei staatlichen Förderungen sowie eine sichtbare und starke Vertretung für die Künstlerinnen und Künstler der Freien Szene sind uns FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen, das wir auch von parlamentarischer Seite gerne weiterhin unterstützen werden.

Die Grünen: Ja. Die Freie Szene ist für uns Grüne ein wertvoller Teil des Kulturstaats Bayern. Für ein vielfältiges und lebendiges Kulturleben ist sie unerlässlich. Gleichzeitig ist sie seit Jahren massiv unterfinanziert, was dazu führt, dass freischaffende Künstlerinnen und Künstler oft unter prekären Bedingungen arbeiten, Strukturen immer wieder neu aufgebaut werden müssen. Neben einer bedarfsgerechten Erhöhung der Fördermittel für die freie Szene und einer Stärkung der Verbandsarbeit müssen aber auch die Fördermodelle und Vergabemodalitäten reformiert werden und z.B. überjährige Förderung zugelassen, die Expertise der Verbände und Fachjury in Entscheidungsprozesse eingebunden und die Honorarempfehlungen der einschlägigen Berufsverbände und Gewerkschaften in die Förderkriterien aufgenommen werden.

ÖDP: Ja. Freie Kulturschaffende brauchen oft nur relativ geringe Unterstützung, um wirklich Neues auf die Beine zu stellen.

Partei der Humanisten: Ja. Im Bereich der Kulturförderung setzen wir uns für eine Politik ein, die sowohl staatliche Einrichtungen, private Vereine und Stiftungen als auch kreative Projekte und Freiräume in angemessenem Rahmen fördert und unterstützt. Wir wollen alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, dazu befähigen und ermutigen, selbst kreativ tätig zu werden. Wir setzen uns für die Förderung einer lebendigen und vielfältigen Kulturszene ein.

SPD: Ja. Wir fordern ein landesweites Investitionsprogramm, mit dem die freie Kulturszene mit all ihren Kultursparten in ganz Bayern gefördert und nachhaltig gestärkt wird. Die freie Szene hat sich neben den historisch gewachsenen Kultureinrichtungen als neuer Kulturbereich entwickelt und leistet inzwischen einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung der Bürger*innen im Land. Sie ist zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Kulturlandschaft und der demokratischen Öffentlichkeit geworden. Das muss sich in den Förderstrukturen abbilden.

Tierschutzpartei: Ja. Kultur ist in Bayern Verfassungsauftrag.

→ 4. Kulturelle Bildung im Lehrplan: Sollen Theater-, Konzert- und Museumsbesuche mit regionalen und überregionalen Angeboten verstärkt in den Lehrplan aufgenommen werden?

AFD: Ja. Es ist wichtig, junge Menschen an das reichhaltige und vielfältige regionale Kulturangebot heranzuführen.

Bayernpartei: Ja. Ja allerdings würden wir dies primär mit regionalen Angeboten verbinden.

CSU: Ja. Die Kulturelle Bildung ist fest im bayerischen Lehrplan verankert. Wir haben darauf hingewirkt, dass Schulen Kulturangebote wahrnehmen können und unterstützen entsprechende Initiativen und Kooperationen. Regionalität spielt in unserem Verständnis eine wichtige Rolle in der schulischen Bildung.

FDP: Neutral. Kulturelle Bildung ist ein Prozess des lebenslangen Lernens. Sie stiftet Identifikation und Diskurs und hält die Gesellschaft über Generationen hinweg zusammen. Als Liberale unterstützen wir die Empfehlungen der KMK zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Besonders wichtig ist es uns, kulturelle Bildungsangebote bereits in der frühen Bildung zu etablieren und über die gesamte Schullaufbahn anzubieten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass gerade in Zeiten von Lehrermangel Kooperationen zwischen Schulen und Kultureinrichtungen sowie Vereinen unterstützt werden. Die Integration der Kooperationen in den Ganzttag ist eine große Chance. Außerdem wollen wir mehr pädagogische Freiheiten schaffen, indem wir die flexiblen Anteile in der Stundentafel erhöhen. Schulen können auf diese Art stärker Schwerpunkte setzen, als das bislang zum Beispiel durch die Ausbildungsrichtungen möglich war.

Freie Wähler: Ja. An den Schulen bietet gerade der Ganztagsausbau enormes Potenzial. So möchten wir durch eine entsprechende Förderung des Einsatzes von externen Fachkräften und insbesondere auch von Künstlerinnen und Künstlern die Schulen noch stärker in die Lebenswelt öffnen und eine qualitativ hochwertige, kreative Lern- und Bildungskultur an den Ganztagschulen etablieren, die eine sinnvolle Ergänzung zum Vormittagsunterricht bieten kann. Kinder und Jugendliche können so frühzeitig an Kunst und Kultur herangeführt werden und ihre individuellen künstlerisch-kreativen Neigungen und Begabungen noch stärker gefördert werden.

Die Grünen: Ja. Um Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Hintergründen mit kulturellen Angeboten zu erreichen ist eine enge Verzahnung der Institutionen mit öffentlichen Bildungsträgern notwendig. Gerade in Bezug auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wird der kulturellen Bildung und Vermittlung in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle zukommen. Dabei müssen nicht nur die Besuche von Kultureinrichtungen, sondern auch das Entdecken und Ausleben der eigenen Kreativität fest im Schulalltag der Kinder integriert sein.

ÖDP: Ja. Aber bitte in allen Schularten. Oft konzentrieren sich diese Angebote nur auf das Gymnasium. Mittelschulen und berufliche Schulen werden z.B. oft nicht angesprochen – das ist nicht in Ordnung.

Partei der Humanisten: Ja. Die Förderung einer uneingeschränkten Teilhabe an kultureller Bildung ist uns Humanisten ein wichtiges Anliegen. In diesem Zusammenhang sehen wir große bildungspolitische Chancen von Kultur in den Schulen. Wir möchten die Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen fördern. Besuche von Kultureinrichtungen in den Lehrplan aufzunehmen, begrüßen wir daher.

SPD: Ja. Kulturelle Bildung darf nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig sein. Über eine bessere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen mit Kultureinrichtungen wollen wir die kulturelle Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen, dazu gehören auch Besuche von Theatern, Museen und Konzerten.

Tierschutzpartei: Ja. Dieses Angebot kommt leider in Bayern seit Jahren deutlich zu kurz.

→ **5. Kulturatlas für Bayern: Soll der Freistaat Bayern einen Kulturatlas erstellen, der alle Einrichtungen und ihre Angebote sowie deren Kulturauftrag auflistet, um das Angebot künftig besser ergänzen zu können?**

AFD: Nein. Während es zunächst sinnvoll klingt, alle Einrichtungen und Angebote zu erfassen, muss gleichzeitig festgestellt werden, dass dies mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden wäre.

Bayernpartei: Nein. Dies wäre zwar wünschenswert, der bürokratische Aufwand würde aber hohe Summen verschlingen. Diese Geld soll lieber in Kulturförderung fließen.

CSU: Ja. Die Sichtbarkeit der vielfältigen bayerischen Kultureinrichtungen zu erhöhen, ist ein zentrales Anliegen der Kulturagenda Bayern. Bereits heute fördert der Freistaat Bayern dahingehende Initiativen.

FDP: Ja. Die FDP Bayern erachtet die Idee eines Online-Kulturatlas für Bayern als sinnvoll, solange ein Mehrwert zu bestehenden Angeboten geschaffen wird. Der Kulturatlas muss nicht nur zentral und schnell auffindbar, sondern aufgrund des internationalen Publikums auch mehrsprachig ausgestaltet sein. Tagesaktualität und Pflegeaufwand müssen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Der Erfolg eines solchen Tools ist zudem regelmäßig zu evaluieren. Grundsätzlich sollte die Maßnahme nicht zu mehr Kulturverwaltung führen.

Freie Wähler: Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass die Staatsregierung künftig einmal in jeder Legislaturperiode einen ressortübergreifenden Kulturbericht vorlegt, aus dem sich auf Grundlage einer möglichst breiten Darstellung der Mittelverteilung zur Förderung kultureller Projekte und Maßnahmen auch Bedarfe, Zielsetzungen und strategische Priorisierungen für künftige Förderungen ableiten lassen. So können aus dem Bericht auch Nachfrage- und Angebotsentwicklung sowie perspektivisch Schlussfolgerungen hinsichtlich möglicher Schwerpunkte und Priorisierungen in der bayerischen Kulturpolitik für die Zukunft abgeleitet werden. Darüber hinaus wollen wir einen Bayerischen Kulturrat aus externen Experten einrichten, der uns in Fragen der strategischen Weiterentwicklung öffentlicher Kulturförderung, kulturpolitischer Priorisierungen und Zielsetzungen berät.

Die Grünen: Ja. Die Anfragen unserer grünen Landtagsfraktion in den letzten fünf Jahre haben gezeigt: Oft weiß das Kunstministerium selbst nicht genau, was unser Kulturstaat Bayern wo zu bieten hat. Um Angebote besser aufeinander abzustimmen, Kooperationen anzustoßen, Lücken im kulturellen Angebot zu entdecken und dann auch zu füllen, ist eine Bestandsaufnahme unerlässlich. Ein Kulturatlas wäre nicht nur ein Gewinn für das Publikum, sondern auch für die Künstlerinnen, Kreativen und Kulturmanager und -Managerinnen, die kulturelle Angebote in Bayern realisieren. Auch die Institutionen können durch die verbindliche Formulierung von Selbstverständnis und Zielsetzung profitieren.

ÖDP: Ja. Ein solcher Kulturatlas sollte digital erstellt und regelmäßig interaktiv ergänzt werden.

Partei der Humanisten: Ja. Solch einen Kulturatlas halten wir für sinnvoll, weil er den Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtern kann. Kultur sollte so niedrigschwellig wie möglich zugänglich sein.

SPD: Ja. Die SPD tritt für einen bayerischen Kulturentwicklungsplan ein. Basis für den Plan, der Stärken und Schwächen für ganz Bayern, aber auch für die Regierungsbezirke und Regionen analysiert und den Fortentwicklungsbedarf definiert. Grundlage muss eine Bestandsaufnahme über die kulturellen Einrichtungen und Initiativen im Freistaat sein, die gemeinsam mit den kulturellen Akteuren auf den Weg gebracht wird, um in einem Kulturatlas auch die Informationen für die Nutzer*innen bereitzustellen.

Tierschutzpartei: Ja. Das könnte eine Aufgabe für den Bayerischen Bezirkstag sein.

→ **6. Transparenz bei Investitionen: Soll der bauliche Zustand von Kulturbauten öffentlich einsehbar sein, um Investitionen langfristig und transparent darzustellen?**

AFD: Nein. Der bauliche Zustand eines Bauwerks und die zu erwartenden Kosten unterliegen ständigen Veränderungen und sind ohne unverhältnismäßigen Aufwand im Grunde nicht darstellbar und erweisen sich im Nachhinein trotz aller Mühen oft als falsch.

Bayernpartei: Ja. Ist wünschenswert, dabei müssen aber die entstehenden Kosten im Auge behalten werden.

CSU: Neutral. Die Priorisierung von Investitionen sollte gesellschaftlich nachvollziehbar gestaltet werden. Eine Auflistung aller Kulturbauten wäre allerdings organisatorisch mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden, nicht nur in der Verwaltung des Freistaates, sondern auch in den Städten und Kommunen. Transparenz wird über die Beteiligung des Bayerischen Landtags in Planungsverfahren vollumfänglich hergestellt

FDP: ja. Grundsätzlich unterstützt die FDP Bayern jede Form von Transparenz, die zu Information und Entscheidungsfähigkeit – und damit letztlich zur Akzeptanz durch die Bevölkerung – beiträgt. Es ist zu klären, wo und wie derartige Informationen für eine Öffentlichkeit bereitgestellt werden können, sodass sie einfach auffindbar und auch verständlich sind. Grundsätzlich sollte auch diese Maßnahme nicht zu mehr Kulturverwaltung führen.

Freie Wähler: Nein. Zwar ist Transparenz und Partizipation einer der wichtigsten Aspekte mit Blick auf nachhaltige kulturelle Teilhabe. Allerdings ist es viel wichtiger die Menschen im Rahmen geplanter Projekte, sei es Modernisierung oder Erhalt von Kulturbauten, mitzunehmen, als den Schwerpunkt auf den bestehenden baulichen Zustand zu legen.

Die Grünen: Ja. Transparenz ist uns auch in der Kulturpolitik ein wichtiges Anliegen. Ohne Transparenz wird auch zielgerichtetes bürgerliches Engagement massiv erschwert. Selbstverständlich ist es kaum möglich, diese Informationen umfassend und tagesaktuell zur Verfügung zu stellen, doch eine regelmäßige Bestandsaufnahme ist geboten, ebenso wie die Information über geplante Investitionen, die Priorisierung der Bauvorhaben und die Planungen von Interimslösungen seitens der Regierung. Transparenz schafft auch Rückhalt in der Bevölkerung, gerade bei großen Investitionen und Leuchtturmprojekten wie dem Konzerthaus München

ÖDP: Nein. Ein solches Projekt wird immensen Aufwand erfordern, hohe Kosten verursachen und die Träger von Kulturbauten belasten.

Partei der Humanisten: Ja. Wir legen großen Wert auf Transparenz, vor allem bei Bauten und Einrichtungen, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Durch die Schaffung von mehr Transparenz wollen wir Bürgern die Möglichkeit geben, einzuschätzen, ob öffentliche Gelder sinnvoll eingesetzt werden.

SPD: Ja. Die SPD moniert seit langen Jahren den gewaltigen Sanierungsstau bei Kultur- und Wissenschaftsbauten im Freistaat. Durch parlamentarische Initiativen wurde deutlich, dass über 500 Projekte überfällig sind und insgesamt etwa 10 Milliarden Euro kosten. Für die staatlichen Kulturbauten ist eine öffentliche Darstellung richtig und wichtig. Die Kulturbauten von Kommunen und Institutionen sind aber ebenfalls in den Fokus zu nehmen, um eine Gesamtsicht zu haben.

Tierschutzpartei: Ja. Das könnte durch ein digitales Angebot umgesetzt werden.

→ 7. Kulturentwicklungsplan und Partizipation: Soll der Freistaat Bayern einen landesweiten Kulturentwicklungsplan erstellen und die Partizipation von Verbänden und Bürger*innen ermöglichen?

AFD: Nein. Wir wollen keine kulturpolitische Planwirtschaft. Die Kulturverwaltung und damit zusammenhängende Bürokratie darf nicht weiter aufgebläht werden. Kultur ist nicht nach Plan, sondern nach Qualität zu fördern.

Bayernpartei: Ja. Dies könnte die Akzeptanz vieler Einrichtungen erhöhen.

CSU: Neutral. Weil wir Bayern als Kulturstaat permanent weiterentwickeln möchten, begrüßen wir alle partizipativen Ansätze und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Ein landesweiter Kulturplan dagegen widerspricht dem Gedanken und der Tatsache der kulturellen und regionalen Vielfalt des Freistaats. Die Politik sollte nicht zur Kontrollinstanz von Kultur werden

FDP: Neutral. Die FDP Bayern setzt sich für eine verlässliche Kulturförderung ein, die nicht nur transparent ist, sondern bei der auch Verbände und Bürgerinnen und Bürger sowie fachliche Expertise einbezogen werden.

Freie Wähler: Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass die Staatsregierung künftig einmal in jeder Legislaturperiode einen ressortübergreifenden Kulturbericht vorlegt, aus dem sich auf Grundlage einer möglichst breiten Darstellung der Mittelverteilung zur Förderung kultureller Projekte und Maßnahmen auch Bedarfe, Zielsetzungen und strategische Priorisierungen für künftige Förderungen ableiten lassen. Wir wollen außerdem einen bayerischen Kulturrat aus externen – möglichst vielfältige Kultursparten vertretenden – Experten einrichten, der Vorschläge für Reformaufgaben vorlegt, beispielsweise betreffend des strategischen Mitteleinsatzes der bayerischen Kulturförderung, der Neuausrichtung von Zielsetzungen und Entbürokratisierung von Förderprogrammen.

Die Grünen: Ja. Ein Landesentwicklungskonzept Kultur mit klar umrissenen Prioritäten, Zielen und Aufgaben ist Voraussetzung für Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit: Es ermöglicht langfristiges staatliches Planen und so eine strategische, durchdachte Herangehensweise sowohl für Parlament und Staatsregierung als auch für Akteurinnen und Akteure bayerischen Kulturlebens. Die Erstellung eines solchen Konzeptes wurde bereits 2007 von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ empfohlen. Etliche Länder, Gemeinden und Städte sind dieser Empfehlung gefolgt. Für uns Grüne ist ein umfassendes Beteiligungsverfahren, das die Perspektiven verschiedener Stakeholder und auch des Publikums mit abbildet essenzieller Teil eines solchen Landesentwicklungsplans.

ÖDP: Nein. Das erscheint uns zu zentralistisch. Kultur findet nicht nur auf der staatlichen Ebene statt. Die meisten Initiativen sind kommunal oder frei bürgergesellschaftlich.

Partei der Humanisten: Ja. Wir wollen den Erhalt und die Schaffung neuer Kulturstätten und -güter unterstützen, um die Verbindung zwischen Kultur und Gesellschaft zu stärken und kulturelle Freiheit und Teilhabe für alle zu gewährleisten. Die kulturelle Infrastruktur muss im Rahmen eines Kulturentwicklungsplans planerisch vorausschauend berücksichtigt werden, auch in ländlichen Räumen. Verbände, Kulturschaffende und Bürger sollten in Planungen einbezogen werden.

SPD: Ja. Die SPD tritt für einen bayerischen Kulturentwicklungsplan ein. Ziel ist es, die strukturelle Teilhabe und inhaltliche Ausrichtung des kulturellen Angebots in Bayern für alle gesellschaftlichen Schichten und Generationen sicher zu stellen und ein gemeinsames Verständnis für eine zukünftige nachhaltige Kulturpolitik zu erarbeiten. Dabei sollen auf der Grundlage einer Bestandsanalyse unter Einbeziehung aller kulturpolitischen Akteur*innen und der Bürger*innen Leitlinien und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Kulturpolitik entwickelt werden. Kunst und Kultur gehören zum Fundament der Gesellschaft und sind ein bedeutender Bestandteil des individuellen, aber auch des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Land. Ein verlässlicher Kulturentwicklungsplan ist eine bedeutende Weichenstellung für die Kultur und ermöglicht auch regionale Kulturentwicklungspläne.

Tierschutzpartei: Ja. Es muss eine engere Zusammenarbeit zwischen der Staatsregierung und der Kulturszene geben.

→ 8. Nachhaltige Sanierung öffentlicher Kulturbauten: Soll die Sanierung öffentlicher Kulturbauten mit einer Modernisierung einhergehen?

AFD: Neutral. Hier kommt es ganz konkret auf den jeweiligen Einzelfall an, für den ein sinnvolles und historisch stimmiges Gesamtkonzept gefunden werden muss.

Bayernpartei: Neutral. Das kommt ganz auf den Einzelfall an. Eine pauschale Aussage wäre hier falsch.

CSU: Ja. Grundsätzlich muss bei der Sanierung öffentlicher Kulturbauten abgewogen werden, ob der Originalzustand einer Einrichtung erhalten bleiben soll (muss) und/ob eine Neu-Interpretation/Modernisierung zulässig ist. Womöglich, wollen wir neue Wege gehen. Kulturbauten sind heute auch Ermöglichungsräume, Begegnungsorte und Plattformen für neue Ideen und Formate. Unser Anspruch ist es, bei Sanierungen zeitgemäßen baulichen Standards zu genügen, insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit und Energieeffizienz.

FDP: Ja. Diese Frage ist eine Einzelfallentscheidung. Grundsätzlich sollten bei jeder Sanierung auch Fragen der Zukunftsfähigkeit wie der Modernisierung bedacht werden.

Freie Wähler: Ja. Wir halten es für sinnvoll, wenn im Zuge der Sanierung öffentlicher Kulturbauten auch nachhaltige Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Dadurch kann auch die Attraktivität gesteigert und es können niederschwellige Angebote geschaffen werden, die unsere Geschichte und Kultur insbesondere für die junge Generation interessant macht, z.B. durch multimediale Filme und Videos und Ausstellungen mit immersiven Kunsterlebnissen.

Die Grünen: Ja. Um Räume für Kunst und Kultur optimal zu nutzen, müssen die unterschiedlichen Anforderungen und eine multiple Nutzung der Kulturorte in Abstimmung mit allen Betroffenen und der repräsentativen Fachvertretung aus Politik und Verwaltung entwickelt werden. Dieser Dialog muss auch während des Interimbetriebs und Sanierungsprozesses fortgeführt werden. Sowohl eine Bedarfsbewertung als auch ein Nutzungsbedarfsplanung sind notwendig. Dabei spielen nicht nur die baulichen Bedarfe eine Rolle, sondern auch eine zeigemäße Ausstattung und Technik. Die reine Instandhaltung unserer Kulturbauten entspricht nicht dem, was Kulturbauten in den kommenden Jahren für eine Gesellschaft leisten sollen, und sind für einen zukunftsfähigen Kulturstaat ungenügend.

ÖDP: Ja. Jede Sanierung muss vor allem mit einer energetischen Modernisierung korrelieren. Wir leben in der Klimakatastrophe – alle Bauten müssen unter diesem Aspekt korrigiert werden.

Partei der Humanisten: Ja. Sanierung und Modernisierung müssen Hand in Hand gehen, wo der Denkmalschutz es erlaubt. So bleiben die Stätten für kommende Generationen erhalten und wandeln sich mit der Gesellschaft gemeinsam

SPD: Ja. In Bayern besteht ein milliardenschwerer Sanierungsstau bei den Kulturbauten, dafür braucht es einen Zeitplan und eine Gesamtstrategie. Zusätzlich zu der Notwendigkeit, die Bauten technisch und funktional auf den neuesten Stand zu bringen, sollten Sanierungen dazu genutzt werden, auch eine Modernisierung der Kulturbauten umzusetzen, um künftig z.B. neue Nutzungsmöglichkeiten der Gebäude zu erschließen.

Tierschutzpartei: Ja. Der Denkmalschutz muss gewahrt bleiben, aber die Räumlichkeiten sollten auf dem neuesten Stand der modernen Technik sein.

→ **9. Beteiligung der Einrichtungen an Sanierungs- und Modernisierungsplänen: Sollen die Konzepte der Kultureinrichtungen im Vorfeld von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen um partizipative Angebote wie Workshopräume, Dritte Orte oder Cafés erweitert werden?**

AFD: Neutral. Es kommt auf den konkreten Einzelfall und Bedarf vor Ort an.

Bayernpartei: Neutral. Das kommt auf den Einzelfall an.

CSU: Ja. Sämtliche Baumaßnahmen werden mit den Nutzern eng abgestimmt. Partizipation und Information der breiten Öffentlichkeit sind uns ebenso wichtige Anliegen. Bei allen Maßnahmen gilt es aber, auch Kosten- und Zeitkomponenten zu berücksichtigen.

FDP: Ja. Auch diese Frage ist eine Einzelfallentscheidung (siehe oben). In jedem Fall sind die Einrichtungen zu beteiligen und deren Expertisen einzuholen.

Freie Wähler: Ja. Eine Beteiligung der Einrichtungen an Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen befürworten wir. Größere Umgestaltungen machen unserer Ansicht nach auch eine stärkere Partizipation aller Beteiligten und Interessierten erforderlich.

Die Grünen: Ja. Kulturbauten sind nicht nur aufeinandergestapelte Steine, sie sind die Herzen unserer Städte und Gemeinden, sie stiften Identität für die Menschen vor Ort und kurbeln Tourismus an. Um Sanierungen für alle Sparten und auch für Gebäude mit soziokultureller Nutzung erfolgreich zu realisieren und Unterhalt und Pflege der Gebäude langfristig zu sichern ist nicht nur eine bauliche Vision, sondern auch eine Vision für die künftige Nutzung notwendig. Deshalb müssen die künstlerischen Leitungen ebenso wie Nutzergruppen und Stadtgesellschaft mit ihrer Expertise eng in den Ausschreibungs- und Planungsprozess mit eingebunden werden. Denn sie wissen, welchen Anforderungen ihre Institution künftig gerecht werden muss. Mit der Vision für die Aufgabe einer Institution im Blick gelingt Sanierung und Modernisierung und trägt dazu bei, kulturelles Erbe zu bewahren und neue kulturelle Impulse zu setzen.

ÖDP: Neutral. Das kann nur im Einzelfall beurteilt und entschieden werden.

Partei der Humanisten: Ja. Das halten wir für sinnvoll, da auf diese Weise kulturelle Teilhabe für alle und der Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtert werden.

SPD: Ja. Gut vorbereitete und begleitete Projekte der Partizipation erhöhen das Verständnis für alle, die Kultureinrichtungen betreiben und benutzen. Sie erhöhen die Identifikation mit der Architektur, deren Nutzung und damit auch ihre Nachhaltigkeit. Konflikte können frühzeitig erkannt, zielfördernd gelöst und am Ende produktiv genutzt werden.

Tierschutzpartei: Ja. Wenn es machbar ist, sind wir dafür.

→ 10. Einrichtung eines Landeskulturbeirats: Soll der Freistaat Bayern einen Landeskulturbeirat einrichten, der bei der Entwicklung eines modernen Kulturstaats unterstützt?

AFD: Nein. Wir haben in Bayern bereits eine demokratische Interessenvertretung. Die Schaffung einer weiteren Interessengruppe in diesem Bereich ist nicht erforderlich und abzulehnen.

Bayernpartei: Neutral. Das hängt davon ab, welche Einflussmöglichkeiten dieses Gremium dann hat.

CSU: Neutral. Wir haben mit der Kulturagenda neue Wege der bürgerschaftlichen Partizipation und des Dialogs angelegt und wollen diese ausbauen. Wir sehen allerdings keinen Bedarf für zusätzliche Gremien

FDP: Ja. Die Expertise von Kulturschaffenden und Fachverbänden ist für die Zukunft des modernen Kulturstaats Bayern unerlässlich.

Freie Wähler: Ja. Wir sind der Ansicht, dass die bayerische Kulturpolitik durch einen Bayerischen Kulturrat nachhaltig gestärkt werden könnte. Dieser Expertenrat kann als kompetenter und möglichst vielfältige Kultursparten vertretenden Expertenrat künftig konsequent die Gesamtperspektive einnehmen und faire Gesamtvorschläge zu strategischen Fragen, einem effizienten Einsatz von Fördergeldern sowie kulturpolitische Reformaufgaben ausarbeiten. Durch den Einbezug externen Sachverständs können wir die bayerische Kulturförderlandschaft stärker in die Lebenswelt der Kulturschaffenden und Rezipienten öffnen, Bedarfe und Nöte von Kulturverantwortlichen schneller identifizieren und Zielsetzung sowie konkrete Unterstützungsleistungen daraufhin ausrichten. Zugleich soll der Kulturrat auch die perspektivische Entwicklung einer umfassenden Bayerischen Kulturstrategie aktiv und dauerhaft begleiten.

Die Grünen: Ja. Auch ein Landeskulturbeirat kann wichtige Impulse für die Entwicklung des Kulturstaats geben, er bündelt künstlerische und kulturpolitische Expertise und dient als Ansprechpartner und Sprachrohr für die Szene. Damit der Kulturbeirat erfolgreich arbeiten kann, muss es einen starken Rückhalt für das Gremium aus Gesellschaft, Politik und Kulturszene geben. Maßgeblich für die gelungene Arbeit eines solchen Gremiums sind auch die weiteren Rahmenbedingungen. So müssen Vertreterinnen und Vertreter aller Sparten, von freien und staatlichen Institutionen aus der Politik und aus der Zivilgesellschaft paritätisch vertreten sein. Außerdem müssen die Aufgaben und Kompetenzen klar umrissen sein.

ÖDP: Nein. Wie schon unter Frage 7 ausgeführt, sehen wir Kultur als dezentrale Aufgabe. Ein Landesbeirat könnte die regionale Vielfalt und die freie Kulturszene niemals abdecken.

Partei der Humanisten: Ja. Ein Landeskulturbeirat mit Vertretern verschiedener Bereiche und auch Bevölkerungsgruppen (Politik, Investoren, Kulturschaffende, Bürger usw.) kann zur Entwicklung einer modernen Kulturlandschaft beitragen.

SPD: Ja. In den Jahren der Corona-Pandemie war ein sog. „Begleitausschuss“ im Kunstministerium, bestehend aus den wichtigsten bayerischen Künstler- und Kreativen-Verbänden, an der Entwicklung der Fördermaßnahmen mit beteiligt. Die künftige Beteiligung der Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen bei der Kulturplanung kann über einen Landeskulturbeirat erfolgen, wie dieser gestaltet wird, muss mit den Akteur*innen selbst erarbeitet werden.

Tierschutzpartei: Ja. Der Landeskulturbeirat sollte aber aus erfahrenen und qualifizierten Fachleuten bestehen.

→ 11. Reform des Kulturfonds Bayern: Soll der Kulturfonds Bayern reformiert werden?

AFD: Nein. Derzeit besteht kein Anlass, den Kulturfonds zu reformieren.

Bayernpartei: Ja. In Teilen ist eine Reform mehr als sinnvoll.

CSU: Nein. Der Kulturfonds ist eine bayerische Erfolgsgeschichte. Er trägt Kultur in die Fläche und wird mit der Einführung des digitalen Antragsverfahrens vereinfacht und noch attraktiver gemacht. Der Kulturfonds leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der bayerischen Kulturlandschaft. Er wird stetig evaluiert und bedarfsgerecht angepasst.

FDP: Ja. Der Kulturfonds Bayern muss reformiert und finanziell gestärkt werden. Digitale Antragsverfahren sollen bei der Vergabe für Transparenz sorgen; durch den Kulturfonds initiierte Projekte sollen fortgeführt werden (wenn sie erfolgreich gestartet sind, sich aber noch nicht vollständig selbst finanzieren können). Über die Vergabe soll eine überparteiliche, unabhängige Fach-Jury mit wechselnder, diverser Besetzung entscheiden. Mit geeigneten PR- und Marketingmaßnahmen muss der Kulturfonds zudem bekannter gemacht werden. Sollen auch München und Nürnberg durch den Kulturfonds gefördert werden, muss der Kulturfonds aufgestockt werden.

Freie Wähler: Ja. Wir wollen einen bayerischen Kulturrat aus externen Experten einrichten, der Vorschläge für Reformaufgaben vorlegt. Sollte der Kulturrat eine Reform des Kulturfonds befürworten, würden wir dies unterstützen. Grundsätzlich sehen wir aber Reformbedarf, da es in der Vergangenheit immer wieder Kritik gab, z.B. in Bezug auf die komplizierte Antragstellung. Von Vorteil wäre aus unserer Sicht ein fließender Prozess, da von Seiten der Künstler und Künstlerinnen oftmals erst während des laufenden Projektes Entwicklungen entstehen, die vor Einreichung des Antrags nicht absehbar sind

Die Grünen: Ja. Der Kulturfonds ist ein wichtiges Förderinstrument für Kulturschaffende und Kulturinstitutionen in ganz Bayern – außer in München und Nürnberg. Eine Reform des Kultur-

fonds schließt eine gedeckelte Öffnung für die Metropolen Nürnberg und München, transparente, fachjurybasierte Entscheidungen über die Förderungen und die Anerkennung von Handlungskosten bei Projektförderung mit ein. Außerdem muss der Kulturfonds für alle Sparten ebenso wie für neue, innovative Kunstformen, die sich keiner der traditionellen Sparten zuordnen lassen, geöffnet werden.

ÖDP: Ja. Wir stehen aber dazu, dass der Kulturfonds vor allem Projekte im ländlichen Raum unterstützt. Die Reform sollte sich auf die Entscheidungsgremien konzentrieren und hier vor allem die Bezirkstage als vom Volk demokratisch gewählte Vertretung der Regionen einbinden. Die starke Rolle des Kultusministeriums muss reduziert werden.

Partei der Humanisten: Ja. Förderanträge müssen vereinfacht und Förderkriterien transparenter werden. So können kulturelle Vielfalt und die Freie Szene gestärkt werden.

SPD: Ja. Die finanzielle Ausstattung des Kulturfonds muss erhöht werden. Das Vergabeinstrument in seiner jetzigen Form erfüllt seinen Zweck nur unzureichend. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch Initiativen in München und Nürnberg künftig von dem Fonds profitieren können. Gerade in den teuren Großstädten ist die Finanzierung freier Kulturprojekte besonders schwierig und braucht zusätzliche Unterstützung. Auch bei der Information über die Möglichkeiten des Fonds besteht Nachholbedarf. Künstler*innen brauchen qualifizierte Beratung und Unterstützung bei der Antragsstellung. Die Kulturszene muss mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit bayernweit über die Fördermöglichkeit informiert werden.

Tierschutzpartei: Ja. Der gesamte Freistaat Bayern muss reformiert werden.

→ 12. Schutz und Förderung der bayerischen Dialekte: Soll die Vielfalt der bayerischen Dialekte besonders geschützt und gefördert werden?

AFD: Ja. Deutsch als Landessprache und die in Bayern gesprochenen Dialekte sollten in der Bayerischen Verfassung verankert und besonders gefördert werden. Denn Sprache ist ein prägender Teil unserer gemeinsamen Kultur.

Bayernpartei: Ja. Eindeutig ja. Dies ist ein zentraler Punkt der Bayernpartei. Dabei geht es aber keineswegs darum andere Sprachen auszugrenzen.

CSU: Ja. Der Schutz der bayerischen Dialekte ist für uns nicht verhandelbar. Sie sind Teil unseres kulturellen Erbes, stiften Identität und Zusammenhalt. Wir setzen uns für die gesellschaftliche Akzeptanz der Dialektik ein, sowohl in den Schulen, in Vereinen als auch im Selbstverständnis der bayerischen Bürger.

FDP: Nein. Sprache ist lebendig, Sprache ist frei, komplex, offen und aufnahmefähig. Sprachliche Veränderung bedeutet nicht Degeneration, sondern Weiterentwicklung. Auch wenn sich Sprache entwickelt, heißt das nicht, dass sie dadurch Schaden nehmen muss. Für die Pflege von Mundart, Dialekt, Brauchtum und Traditionen sind unsere vielfältigen bayerischen Vereine zuständig – nicht der Freistaat.

Freie Wähler: Ja. Uns ist es ein Anliegen, dem Verlust unserer bayerischen Dialekte mit entsprechenden Bildungsangeboten entgegenzuwirken. Auch die Pflege der Dialekte in Kindergärten und Schulen als Wertschätzung der inneren Mehrsprachigkeit begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Der Freistaat tut bereits viel, um die mundartliche Vielfalt Bayerns zu erhalten: Gemäß Verfassung sind unsere Lehrkräfte dazu verpflichtet, ihre Schüler in der Liebe zur bayerischen Heimat zu erziehen – das schließt für uns Dialektpflege klar mit ein. Zudem spielt der Dialekt seit Jahren eine wichtige Rolle in den Deutsch-Lehrplänen und wurde mit Einführung des kompetenzorientierten LehrplanPLUS weiter aufgewertet. Diese Entwicklungen wollen wir weiter befördern und haben uns dazu auch im Koalitionsvertrag verpflichtet. Dieser

sieht vor, Mundart und regionale Kultur als Teil unserer Identität weiter zu stärken – auch im Schulunterricht.

Die Grünen: Ja. Auch die vielfältigen Dialekte sind Teil der bayerischen Kultur und deshalb schützenswert. Regionale Sprache ist individuell, unverwechselbar und schafft Identität. Dennoch darf der Schutz dieser Dialekte nicht zur Ausgrenzung gegenüber denen führen, die hier zu Hause sind, aber in keinem bayerischen Dialekt beheimatet. Die Förderung und der Schutz der bayerischen Dialekte ist der Heimatpflege zuzuordnen, maßgeblich dafür zuständig sind die sieben bayerischen Regierungsbezirke und die zugehörigen Bezirksheimatpfleger.

ÖDP: Ja. Aber bitte ohne „Tümelei“! Sprache lebt und verändert sich. Das gilt auch für die Dialekte.

Partei der Humanisten: Neutral. Wir setzen uns grundsätzlich für kulturelle Vielfalt ein, wozu auch Sprachen und Dialekte gehören. Insofern sollten auch bayerische Dialekte geschützt, jedoch nicht in höherem Maße als andere gefördert werden.

SPD: Ja. Von Sprach- und Dialektschutzgesetzen a la AFD halten wir nichts und sehen dies als ideologischen Missbrauch einer freien Sprachentwicklung. Das ist auch gar nicht notwendig. Die Pflege der bayerischen Dialekte ist in Artikel 131 der Bayerischen Verfassung verankert. Ein Arbeitskreis am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) hat im Auftrag des Bayerischen Kultusministeriums eine regelmäßig aktualisierte Handreichung erarbeitet, die sich an alle bayerischen Schulen richtet. Ziel der Publikation ist es, der Mundart in der Schule den ihr gebührenden Stellenwert einzuräumen. Die Würdigung und Unterstützung von Dialekten findet auch über die Förderung von Volksmusik und von Amateurtheatern oder Heimatmuseen statt.

Tierschutzpartei: Ja. Es müssen aber alle Mundarten Bayerns gleichwertig berücksichtigt werden, nicht nur die bairische.

→ 13. Förderung von Brauchtum: Soll der Kulturbegriff, der der staatlichen Förderung zugrunde liegt, weiter gefasst werden und auch die Blasmusik und das Kunsthandwerk stärker einbeziehen?

AFD: Ja. Blasmusik ist Teil des Kunsthandwerks

Bayernpartei: Ja. Insbesondere gilt dies für die Blasmusik.

CSU: Ja. Beide Kunstformen sind nicht von staatlichen Förderungen ausgenommen. Die Vielfalt von Kultur wird und sollte in den breiten Förderrichtlinien wiedergespiegelt werden.

FDP: Ja. Der Kulturbegriff der staatlichen Förderung ist immer wieder auf seine Relevanz zu überprüfen und sämtliche künstlerischen Ausformungen, Sparten und Entwicklungen sind mit einzubeziehen.

Freie Wähler: Ja. Wir bewahren Heimat und Brauchtum, fördern ehrenamtliches Engagement im Kulturbereich und möchten zugleich auch Angebote wie das Freiwillige Soziale Jahr im Kulturbereich noch bekannter und attraktiver gestalten.

Die Grünen: Ja. Wir Grüne haben einen breiten Kulturbegriff, der selbstverständlich auch die Laienmusik und mit ihr die Blasmusik und das Kunsthandwerk miteinschließt. Ein starker Kulturstaat unterstützt die kulturelle Vielfalt in allen Facetten. Im Verhältnis zu anderen Kultursparten, explizit in der Laienkultur ist die Blasmusik in Bayern strukturell gut aufgestellt. Die Vereine und Verbände leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Musik im Freistaat. Für das Kunsthandwerk sind in Bayern ebenfalls maßgeblich die Bezirke zuständig, die regional unterschiedlich agieren. Ein stärkeres Engagement des Freistaats ist vorstellbar.

ÖDP: Ja. Je breiter der Kulturbegriff, desto besser.

Partei der Humanisten: Ja. Wir folgen der Kultur-Definition der UNESCO, die nicht nur Kunst im klassischen Sinne und Literatur einschließt, sondern auch Lebensformen, Traditionen sowie einzigartige materielle und immaterielle Aspekte einer Gesellschaft. Blasmusik und Kunsthandwerk gehören daher für uns dazu.

SPD: Ja. Wir treten für einen breiten und offenen Kulturbegriff ein, der auch für traditionelle Kunst- und Musikformen gilt. Zumal dort auch herausragende Qualitäten an der Tagesordnung sind. Laien- und Volksmusik tragen vor allem im ländlichen Raum dazu bei, das kulturelle und gesellschaftliche Leben mitzugestalten und zu bereichern. Blasmusik wird über die bayerischen Blasmusikverbände staatlich gefördert mit finanzieller Unterstützung von Fortbildungsmaßnahmen, Musikwettbewerben, Konzertveranstaltungen etc. Wir wollen auch die enge Zusammenarbeit und wechselseitige Befruchtung unterschiedlicher Kulturformen und Kulturverständnisse.

Tierschutzpartei: Ja. Es muss eine bessere Abstimmung zwischen der Staatsregierung und dem Bayerischen Bezirktetag stattfinden, um dies umsetzen zu können.

→ **14. Förderung der Städte Nürnberg und München: Sollen die Städte Nürnberg und München als kulturelle Aushängeschilder besonders gefördert werden?**

AFD: Nein. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land haben Verfassungsrang und sind zu fördern. Die Förderung muss dementsprechend gleichmäßig verteilt werden.

Bayernpartei: Nein. Kulturförderung muss es überall geben. Dies ist auch für eine breite Entwicklung sinnvoll.

CSU: Ja. Wir setzen uns für die Kulturförderung in ganz Bayern ein und haben staatliche Förderungen im ganzen Land massiv ausgeweitet. In München ist es unsere besondere Verantwortung, das Erbe des Hauses Wittelsbach zu pflegen und zu erhalten. München und Nürnberg strahlen als Metropolen weithin aus und ziehen internationale Aufmerksamkeit auf sich. Davon profitiert letztlich ganz Bayern.

FDP: Nein. Der Kulturstaat Bayern verfügt sowohl in den Metropolen wie auch in den ländlichen Regionen über attraktive kulturelle Einrichtungen und Angebote, die Ausstrahlungs- und Anziehungskraft für Bayern besitzen. Es ist diese Vielfalt, die Bayern kulturell reich macht. Stadt gegen Land in der Kultur auszuspielen, lehnen wir ab.

Freie Wähler: Nein. Wir setzen uns für eine gezielte Kulturförderung im ländlichen Raum ein und wollen geeignete Maßnahmen zur Förderung des kulturellen Lebens in der Fläche auflegen. Im Übrigen wollen wir einen bayerischen Kulturrat aus externen Experten einrichten, der Vorschläge für Reformaufgaben vorlegt.

Die Grünen: Ja. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Land und Stadt haben in Bayern Verfassungsrang. Ohne Spitzenkultur gibt es keine Breitenkultur, ohne kulturelle Leuchttürme wie München und Nürnberg kein Kulturangebot in der Fläche. Dennoch müssen die Angebote in kulturell unterversorgten Gebieten ausgebaut werden. Von Kooperationen und Satellit-Projekten mit und aus den Metropolen kann der ländliche Raum profitieren. Die meisten staatlichen Kulturinstitutionen befinden sich in den Metropolregionen. Für die Arbeit der Künstlerinnen, Künstler und Kreativen spielt der Standort vor allem für die nationale und internationale Vernetzung eine große Rolle. Die freie Szene in Nürnberg und München wird derzeit von Seiten des Freistaats vernachlässigt: Kreative haben kaum Zugriff auf Landesmittel. Dieser Zustand ist nicht haltbar und entspricht nicht dem kooperativen Verständnis der Kulturförderung.

ÖDP: Nein. Die Ballungsräume sind in jeder Beziehung (hohe Mieten, Fachkräftemangel in Kitas und Pflegeheimen) überlastet. Wir müssen endlich das Verfassungsgebot gleicher Lebensqualität in allen Landesteilen ernst nehmen. Jetzt sind die Regionen dran!

Partei der Humanisten: Neutral. Generell sollte Kulturförderung allen Kommunen zugutekommen. Eine verstärkte Förderung von "Aushängeschildern" sehen wir insofern kritisch, als dass diese auf Kosten von anderen Städten und Kommunen, vor allem im ländlichen Raum, geht.

SPD: Neutral. Die Frage ist für einen Kulturstaat, der alle Landesteile im Blick behalten soll, ebenso problematisch wie der Begriff des kulturellen Aushängeschildes. Diese Formulierungen erschweren nur die Akzeptanz notwendiger kultureller Investitionen für München und Nürnberg. Umgekehrt dürfen Nürnberg und München nicht von maßgeblichen Kulturförderinstrumenten des Freistaates ausgeschlossen werden. Wir kämpfen dafür, dass die Kulturprojekte aus den beiden Städten gleichberechtigt durch den Kulturfonds gefördert werden. Das wollen und müssen wir ändern. Auch München und Nürnberg müssen künftig vom Kulturfonds profitieren dürfen. Richtig ist aber auch, dass wichtige Kultureinrichtungen in München und Nürnberg entsprechend ihrer Bedeutung auch gefördert werden. Ein Beispiel ist überfällig Sanierung des Staatstheaters (Operngebäude) in Nürnberg. Hier muss der Freistaat mehr tun.

Tierschutzpartei: Nein. Dies würde Großstädte wie Regensburg und Augsburg sowie viele kleinere Städte benachteiligen.

→ **15. Eintrittspreise und staatliche Einrichtungen: Sollen die Eintrittspreise für staatliche Kultureinrichtungen nicht von der Regierung, sondern von den Einrichtungen selbst im Rahmen eines eigenverantwortlichen Umgangs mit Subventionen und Budgets festgelegt werden?**

AFD: Nein. Subventionen und Budgets stehen im Widerspruch zu eigenverantwortlicher Verwaltung. Hier dürfte es regelmäßig sinnvoller sein, gemeinsam mit der Einrichtung sinnvolle Eintrittspreise zu ermitteln und festzulegen.

Bayernpartei: Ja. Natürlich muss aber auch eine Aufsicht möglich sein, um Fehlentwicklungen zu korrigieren.

CSU: Nein. Staatliche Kultureinrichtungen haben einen Kulturauftrag. Sie sollen für ein breites Publikum zugänglich sein. Dies steht einer rein betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Eintrittspreise entgegen. Das bestehende Abstimmungsverfahren mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ermöglicht zudem einrichtungsübergreifend koordinierte Aktionen wie reduzierte Eintrittspreise an Sonntagen, die die Attraktivität der Einrichtungslandschaft insgesamt stärken.

FDP: Ja. Wir als FDP Bayern wollen den staatlichen Kulturinstitutionen Budgethoheit geben, damit sie ihre Eintrittspreise frei gestalten und Ressourcen effektiv einsetzen können. Wir sind überzeugt: Die Verantwortlichen vor Ort können das am besten.

Freie Wähler: Neutral. Wir wollen einen bayerischen Kulturrat aus externen Experten einrichten, der Vorschläge für Reformaufgaben vorlegt.

Die Grünen: Ja. Die Eigenverantwortung der Institutionen muss gerade im Hinblick auf die notwendige Transformation der Kultureinrichtungen gestärkt werden. Es liegt im Interesse der Einrichtungen, die Eintrittspreise gering zu halten, um möglichst viele Menschen mit dem eigenen Angebot zu erreichen. Bei einer freien Preisgestaltung muss dennoch festgelegt sein, dass Jugendliche, Auszubildende, Studierende, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, behinderte Personen und Menschen mit niedrigem Einkommen Anspruch auf vergünstigte Eintrittspreise

haben. Auch die Möglichkeit, Inhabern der Ehrenamtskarte etc. freie Eintritte zu ermöglichen muss weiterhin gewährleistet sein.

ÖDP: Ja. Wir sind Anhänger der Dezentralität und des Subsidiaritätsprinzips: Mehr Entscheidungsverantwortung auf der „unteren“ Ebene!

Partei der Humanisten: Nein. Siehe vorangegangene Frage: Um eine Teilhabe aller am kulturellen Leben zu garantieren, sollte der Staat kostenfreien oder -reduzierten und barrierefreien Zugang zu Einrichtungen und Inhalten, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden, bieten.

SPD: Neutral. Wir wollen mehr Spielraum, Entscheidungsfreiheit und Budgethoheit für die Kultureinrichtungen selbst. Allerdings brauchen wir dafür klare Rahmenbedingungen und einen klaren Kompass für das Thema Kultur für alle, beispielsweise zur Frage des freien Eintritts (vgl. Frage 2).

Tierschutzpartei: Ja. Das würde dem Freistaat Bayern und den Bezirken eine große bürokratische Last von den Schultern nehmen.